

# Deutscher Bundestag

## Stenografischer Bericht

### 67. Sitzung

Berlin, Freitag, den 17. Oktober 2003

#### Tagesordnungspunkt 19:

Entwurf eines **Dritten und Vierten Gesetzes für moderne Dienstleistungen am Arbeitsmarkt**

#### Vizepräsidentin Dr. h. c. Susanne Kastner:

Nächste Rednerin ist die Kollegin Petra Pau.

#### Petra Pau (fraktionslos):

Frau Präsidentin! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Die PDS im Bundestag wird gegen die vorliegenden Gesetze stimmen; denn mit Hartz III und Hartz IV wird es nicht weniger Arbeitslose geben, sondern mehr arme Arbeitslose. Der ganze Ansatz, die Philosophie der Gesetze, stimmt nicht. Sie wollen die Auswirkungen des Versagens der Politik privatisieren und die davon Betroffenen zur Kasse bitten. Das ist falsch und das lehnen wir ab.

Ich hörte dasselbe von den so genannten **Abweichlern** bei Rot-Grün. „Abweichler“ war in Ihrer Debatte als Schimpfwort gemeint. „Dissident“ hätte wohl zu positiv geklungen. Über den vermeintlichen Unterschied können wir gelegentlich einmal diskutieren.

Nun verweisen die Sprecherinnen und Sprecher von SPD und Grünen darauf, es habe inzwischen Verbesserungen gebeten, was die Opposition zur Rechten wiederum beklagt. Die Substanz dieser Gesetze bleibt aber: Der Sozialstaat wird nicht um-, sondern abgebaut. Dagegen ist die PDS im Bundestag.

(Beifall der Abg. Dr. Gesine Löttsch  
[fraktionslos])

Eine übergroße Abbruchkoalition ist allerdings dafür. Sie reicht von der SPD bis zur CDU/CSU und von den Grünen bis zu den Unternehmerverbänden. Aus den Gewerkschaften kamen zwar Widerworte, allerdings kein Widerstand. Auch das gehört zur Vorbilanz der heute anstehenden Entscheidungen.

Am 1. November wird es in Berlin eine bundesweite **Demonstration** gegen den unsozialen Kurs, der mit der Agenda 2010 verbunden ist, geben. Sie kommt spät, aber ich werbe dennoch für diese Demonstration;

(Beifall der Abg. Dr. Gesine Löttsch  
[fraktionslos])

denn das, was hier sozial kalt durchgestimmt wird, führt in anderen – nicht nur wärmeren – Ländern zu belebendem Generalwiderstand.

Nun komme ich noch zu zwei Besonderheiten. Sie, Herr Bundeskanzler, haben Ihr politisches Schicksal daran geknüpft, ob Sie heute eine rot-grüne Mehrheit erzwingen können. Das ist Machogehabe – allemal, wenn es regelmäßig wiederholt wird.

(Friedrich Merz [CDU/CSU]:  
Er ist ja nicht einmal da!)

Es gibt aber noch einen zweiten Punkt, der sehr viel schwerer wiegt. Sie wissen, dass die Gesetze, über die heute abgestimmt wird, für den Osten untauglich, ja Gift sind. Das unterscheidet den Bundeskanzler Schröder übrigens von seinem Vorgänger: Ex-Kanzler Kohl hat die **Menschen im Osten** belogen, Sie aber schreiben sie ab. Das finde ich noch viel schlimmer.

(Beifall der Abg. Dr. Gesine Löttsch  
[fraktionslos])

Der Schriftsteller und Soziologe Wolfgang Engler hat analysiert: „Mit der Hoffnung auf Arbeit ging die Arbeit an der Hoffnung verloren.“ Er beschrieb den Osten zehn Jahre nach der Vereinigung. Seitdem ist Rot-Grün am Werk und verfolgt ein weiteres Programm zur Beerdigung der Hoffnung für die ganze Bundesrepublik.

Ich habe Ihnen hier in Debatten schon mehrfach vorgerechnet, dass man 50 Arbeitslose nicht auf eine freie Stelle vermitteln kann. Ich habe Ihnen auch vorgerechnet, dass allein die Senkung der Arbeitslosenhilfe Millionen Menschen in Armut stürzen, zusätzliche Konkurse bringen und damit die Arbeitslosigkeit noch forcieren wird. Um das zu erkennen, muss man nicht in der PDS sein, man muss schlicht und einfach nur rechnen können. Allein in den neuen Bundesländern werden die Beschlüsse von heute einen zusätzlichen **Kaufkraftverlust** von 1,8 Milliarden Euro bewirken. Ähnlich wird es in den großen Regionen der alten Bundesländer aussehen, wie im Saarland, in Oberfranken und anderswo. Anders gesagt: Siebürden heute den Armen die Lasten auf und begünstigen weiter jene, denen es ohnehin besser geht. Das ist bei den Steuern so. Dies trifft die Länder. Sie nennen das heute hier mutige Reformen. Ich nenne das schlicht politische Kapitulation.

(Beifall der Abg. Dr. Gesine Löttsch  
[fraktionslos])

Noch gibt es in unserem Land eine **Sozialpflicht der Unternehmer** und das Gebot der gleichen Lebenschancen für alle. Sie deuten das alles ohne Recht und Vernunft um. Ich nenne ein ganz konkretes Beispiel: Hier in Berlin, in Reinickendorf, gibt es ein namhaftes Unternehmen. Vergangenes Jahr entließ es Spezialisten, weil es an Aufträgen mangelte. Nun werden dieselben Spezialisten zum halben Lohn wieder unter Vertrag genommen – nicht als Mitarbeiter, sondern als Ich-AGs. Die rot-grüne Wundertüte entpuppt sich also als Abbaukröte – zur Freude der FDP und zum Schaden für die Betroffenen.

Die Medien werden heute nur zählen, ob es eine Kanzlermehrheit gibt oder nicht. Das mag zwar spannend sein. Weitreichender ist aber die geistig-moralische Wende, die Rot-Grün forciert und in Gesetze fasst. Wer arm dran ist, ist selbst schuld und gehört bestraft – das ist der Kern Ihres Gesetzes. Die PDS dagegen wirbt für ihre Agenda Sozial. Sie liegt als moderne Alternative vor. Wir wollen Reformen zum Besseren.

Liebe Genossinnen und Genossen von der SPD, einen Schlusssatz erspare ich Ihnen nicht: Sie beschließen heute nicht mehr und nicht weniger als Ihre Absage an Bebel und Brandt. Auch deshalb stimmt die PDS im Bundestag mit Nein.

(Beifall der Abg. Dr. Gesine Löttsch  
[fraktionslos])